

Regierung und Nationalpark halten am Aus für Nothafen fest

Die einzige Alternative ist eine „Minimalvariante“ mit einem geschützten Anlegesteg für den Seenotrettungskreuzer. Eine neue Studie für die Standortsuche ist geplant.

Von Timo Richter

Prerow – Mit dem Absturz des Rettungshubschraubers „Christoph Offshore 2“ hat die Debatte um den Erhalt des Nothafens Darßer Ort neues Futter bekommen. Dem Ansinnen, den Nothafen als Dauerlösung zu etablieren, nimmt Gernot Haffner (37), Leiter des Nationalparkamtes Vorpommern, aber gleich den Wind aus den Segeln. Das werde nicht geschehen. Der Nothafen stelle eine Übergangslösung dar, bis eine Alternative geschaffen sei. Welche speziellen Anforderungen dieser Hafen erfüllen muss, werde durch die Landesregierung abgewogen, sagt Gernot Haffner.

Das geschieht in einer interministeriellen Arbeitsgruppe, wie Steffen Wehner, Sprecher von Infrastrukturminister Christian Pegel (SPD), gestern bestätigte. Klar ist aber auch: Von Schwerin aus wird das geplante Aus für den Nothafen Darßer Ort nicht infrage gestellt. Die Planungen zielen allein in Richtung Minimalvariante, also einem

geschützten Liegeplatz für den Rettungskreuzer „Theo Fischer“. In Kürze werde eine Studie in Auftrag gegeben, in der Vor- und Nachteile verschiedener Standorte gegeneinander abgewogen werden sollen. Bis zur Inbetriebnahme dieses Liegeplatzes soll der Nothafen Darßer Ort geöffnet bleiben. Für weitere Baggerungen würden schon jetzt die naturschutzrechtlichen Bedingungen abgeklöpft.

●● In Kürze wird eine Studie zur Standortsuche für eine Minimalvariante in Auftrag gegeben.

Ministeriumssprecher Steffen Wehner

Kreiswehrrührer Gerd Scharmberg (58) dagegen fordert den Bestand des Hafens in der Kernzone des Nationalparks als Basis für großangelegte Rettungseinsätze. „Warum haben wir in diesem Land nicht Schneid genug, uns gegen Extrem-Schützer durchzusetzen.“

Dabei sind es nicht allein Naturschützer, die bislang dem Fortbestand des Nothafens oder einem Etappenhafen als Alternative entgegenstanden. In Prerow verabschiedeten sich die Gemeindevertreter nach langem Hin und Her vom geplanten Bau eines Hafens an der Küste im Bereich der Hohen

Düne. Vorausgegangen waren zahlreiche Abstimmungen innerhalb der Gemeindevertretung sowie zwei Bürgerentscheide – ein Schlingerkurs. Erst gab es eine hauchdünne Mehrheit grundsätzlich für einen Hafen in dem Ostseebad, dann ein klares Nein zum vorgeschlagenen Standort am östlichen Ortsausgang. Doch die Alternative am Bernsteinweg fiel bei

den Prerowern durch, weil dann ja durch An- und Abfahrten zum Hafen zusätzlicher Verkehr den Ort belaste. Das Ja für einen Hafen war aber an den Ausschluss jeglicher Belastung für den Ort geknüpft.

Als sich die Prerower endlich gegen einen Hafen auf ihrem Gemeindegebiet aussprachen, kam Zingst ins Spiel. Dort schlummert in den Schubladen die Zustimmung für den Bau eines vorgelagerten Inselhafens. Wie zuvor in Prerow begannen erste Planungen. Doch dann machte die Landesregierung einen Rückzieher. Die Baukosten – Schätzungen reichten von 31 bis 50 Millionen Euro – waren der Landesregierung einfach zu teuer.

In der Folge begann parallel im Umwelt- und Verkehrsministerium eine fieberhafte Suche nach einer Minimalvariante. Die Seenotretter selbst hatten solch eine Lösung erst einmal als nicht akzeptabel bezeichnet. Außerdem könne so ein Steg mit einem Havaristen im Schlepp nicht angesteuert werden, schon gar nicht bei schwerer See. In Gesprächen mit der interministeriellen Arbeitsgruppe hatten die Seenotretter die Anforderungen an einen solchen Liegeplatz formuliert.



Der Nothafen befindet sich in der Kernzone des Nationalparks.

Bernsteinstadt will den Durchstich

Ribnitz-Damgarten macht im Zweckverband „Maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund“ mit.

Von Edwin Sternikier

Ribnitz-Damgarten – Der tragische Absturz des Hubschraubers über der Ostsee (die OZ berichtete) habe erneut gezeigt, wie dringend notwendig die Schaffung eines Etappenhafens in der Region ist, sagt der Ribnitz-Damgartener Bürgermeister Frank Ilchmann (parteilos). Und er fügt hinzu: „Wir brauchen endlich eine zuverlässige und auf Dauer angelegte Lösung.“ Das könne aus Sicht von Ribnitz-Damgarten nur ein Durchstich im Zusammenhang mit einem Hafen sein. Der würde für die südliche Boddenküste einen Schub in Sachen Tourismus bringen.

Das Geld, das seit Jahren in die Freibaggerung der Zufahrt zum Nothafen Darßer Ort gebuttert werde, sollte in das Projekt Durchstich

fließen, so der Ribnitz-Damgartener Verwaltungschef, Frank Ilchmann machte weiter deutlich: Egal wie man sich schließlich einigt, erst mal sei es wichtig, dass die Stadtvertreter dem Beitritt zum Zweckverband maritimer Lückenschluss zugestimmt haben. „Von vornherein Nein zum Zweckverband zu sagen, das wäre sicher der falsche Weg gewesen.“

●● Nein zum Zweckverband zu sagen, wäre der falsche Weg gewesen.

Frank Ilchmann, Bürgermeister

Den Beschluss, dem Zweckverband „Maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund“ beizutreten, fassen die Ribnitz-Damgartener Stadtvertreter in ihrer jüngsten Sitzung. Bei einer Enthaltung hatten alle anwesenden Stadtvertreter zugestimmt.

Der Zweckverband – initiiert von Vorpommern-Rügens Landrat Ralf Drescher (CDU) – soll mit der „Schaffung eines Etappenhafens und Durchstichs zwischen der Ost-

see und der Fischland-Darß-Zingster-Boddenkette“ die maritim-touristische Lücke zwischen dem westlichen Warnemünde und dem östlichen Stralsund schließen.

Helmut Oheim, Vorsitzender der CDU/FDP-Fraktion, erinnert daran, dass ein Etappenhafen zwischen Warnemünde und Rügen/Stralsund von allen gewünscht und akzeptiert sei. Was Ribnitz-Damgarten angehe, so möchte man einen Durchstich im Bereich Dierhagen/Wustrow. Der würde in Kombination mit einem Hafen nicht nur eine touristische Aufwertung der südliche Boddenküste in Verbindung mit der touristischen Entwicklung von Pütznitz bringen, er böte auch Platz für Rettungsschiffe und könnte auch für die Wartung der Windkraftanlagen auf der Ostsee eine entsprechende Rolle spielen. „Wenn man das von allen eigentlich gewollte Projekt nicht von vornherein aufgeben will, dann muss man einfach im Zweckverband mit-

arbeiten“, sagt Helmut Oheim abschließend.

Auch die SPD-Fraktion stimmt mit Ja zum Vertrag. Die eigentliche Arbeit müsse dann im Zweckverband stattfinden, so Fraktionsvorsitzende Rita Falkert gestern gegenüber OZ. „Unsere Vertreter aus der Stadtverwaltung müssen sich dafür einsetzen, dass von der Öffnung zum Bodden alle Gemeinden profitieren. Ein Durchstich oben auf dem Darß bringt nichts für die Stadt. Eine Boddensanierung ge-

hört ebenfalls dazu“, machte sie deutlich.

Peter Warnke (Die Unabhängigen) hat den Eindruck, dass das Ganze derzeit auf einen Außenhafen hinausläuft. Das sei aber „nicht unser Ding. Uns interessiert nur ein Durchstich.“ Das sieht auch Horst Schacht so (Die Linke). Die Entscheidung darüber, ob Ribnitz-Damgarten dabei bleibe, müsse von der Grundsatzentscheidung Durchstich oder Außenhafen abhängig gemacht werden.

Ersatz für Nothafen Darßer Ort

Der „Zweckverband maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund“ hat in der Planungsphase vor allem die Aufgabe, einen geeigneten Standort für den Etappenhafen und den Durchstich zwischen der Ostsee und der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst zu suchen sowie die finanzielle Umsetzung durch das Ein-

werben von Fördermitteln sicherzustellen. Der Zweckverband soll mit einem Stammkapital in Höhe von 100 000 Euro ausgestattet werden. Mit dem Bau eines Etappenhafens soll das seit vielen Jahren bestehende Problem um den Ersatz des Nothafens Darßer Ort gelöst und zudem die südliche Boddenküste entwickelt werden.